

Lopatka: Eine starke EU braucht starke und reformwillige Mitgliedsstaaten

Utl.: Coronavirus hat Nationalstaaten zum Handeln gezwungen -
Solidarität darf keine Einbahnstraße sein, es darf nicht zu
einer Schuldenunion kommen =

Wien (OTS/ÖVP-PK) - „Eine Aktuelle Europastunde ist keine
Therapiestunde für die großen Probleme der FPÖ. Klubobmann Kickl ist
angehalten, die therapeutische Aufarbeitung der Vorkommnisse rund um
seinen Vorgänger Gudenus und seinen Vorvorgänger Strache intern im
freiheitlichen Klub und nicht im Plenum des Hohen Hauses zu
betreiben“, betont Reinhold Lopatka, außen- und europapolitischer
Sprecher der Volkspartei, bei seiner heutigen Rede im Nationalrat zu
Kickls themenfernen Ausführungen nach Bekanntwerden neuer Vorfälle um
einen seiner Vorgänger.

Lopatka weiter: „Die Coronakrise hat die Nationalstaaten weltweit
zum Handeln gezwungen.“ Der enorme wirtschaftliche Flurschaden, der
durch die Pandemie entstanden sei, habe auch zu Tage gefördert, „in
welch schlechter Lage einzelne Staaten der EU bereits vor der Krise
waren“. Grund dafür sei aber nicht etwa eine mangelnde Koordination
seitens der EU oder mangelnde Solidarität unter den Mitgliedsstaaten,
so Lopatka: „Über Jahrzehnte gemachte wirtschaftliche und politische
Fehler in einzelnen Mitgliedsstaaten sind hier die Ursache.
Solidarität darf nicht als Einbahnstraße gesehen werden. Es muss auch
etwas zurückkommen, wenn Hilfe in Anspruch genommen wird.“

Notwendige Reformen seien in einigen Mitgliedsländern bislang „allzu
oft auf der Strecke geblieben“. Dies spiegle sich auch in der
insgesamt positiven Entwicklung des realen Pro-Kopf-Einkommens wider,
das sich seit der Jahrtausendwende im Euro-Raum real um 18 Prozent
erhöht habe. „Doch während in Österreich und Deutschland hier
Anstiege um mehr als ein Viertel und in den Niederlanden um ein
Fünftel zu verzeichnen waren, ist das reale Pro-Kopf-Einkommen in
Italien um zwei Prozent gesunken“, unterstreicht der ÖVP-Abgeordnete.
Dies sei allerdings nicht auf die Coronakrise zurückzuführen, diese
habe die Situation aber verschärft. Die EU-Kommission rechne in ihrem
Frühlingsgutachten damit, dass sich die Brutto-Staatsverschuldung
Griechenlands in diesem Jahr auf 196 Prozent der Wirtschaftsleistung
(BIP) erhöhen wird - vor der Finanzkrise hatte sie in Griechenland
2007 noch 103 Prozent betragen. Italien dürfte Ende des Jahres eine

Schuldenlast von 158 Prozent des BIP tragen, und auch Spanien, Portugal, Zypern und Frankreich sind mit Schulden von deutlich über 100 Prozent konfrontiert.

Lopatka: „Die EZB kann die schwächeren Euro-Länder noch für eine Weile mit tiefen Zinsen und Anleihekäufen stützen. Eine strikte Trennung von Geld- und Fiskalpolitik ist aber wichtig, damit hier keine Politik zulasten der Jugend Europas gemacht wird. Maßnahmen müssen immer auch verhältnismäßig sein.“ Die österreichische Bundesregierung werde jedenfalls alles dazu tun, „damit eine schleichende Schuldenunion verhindert wird“. Mit Milliardenhilfen könne man sich über die derzeitigen Herausforderungen nicht „hinwegschwindeln“, denn so werde eine andauernde Krise, Stagnation und ein Bedeutungsverlust für die EU riskiert. Die Mitgliedsländer hätten auf nationalstaatlicher Ebene ihre Hausaufgaben zu machen. Es brauche eine notwendige Balance – „solidarische Hilfe ja, aber unter klaren Rahmenbedingungen für Zukunftsprojekte und nicht für Schulden von gestern“, so Lopatka, der abschließend sagt: „Eine starke EU kann es nur geben, wenn alle Mitgliedsstaaten ihre notwendige Reformarbeit leisten und so zu einer stärkeren Wirtschaftsleistung kommen!“
(Schluss)

~

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs
01/40110/4436
<http://www.oevpklub.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0118 2020-06-17/12:02

171202 Jun 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200617_OTS0118